

Rettung zeichnet sich ab

Stadt arbeitet an Lösung zum Erhalt des Lehr- und Kräutergartens

VON NICOLE JOST



Der Kräutergarten aus der Vogelperspektive. Seit 2016 ist das Angebot des Vereins ein beliebtes Ausflugsziel in der Region. Jetzt braucht es Anstrengungen von Stadt und Kreis, um die Zukunft auf rechtssichere Beine zu stellen. Fotos: Jost

Dreieich – Noch hängt das Schild „Vorübergehend geschlossen“ am Tor des Lehr- und Kräutergartens am Rande der Baierhansenwiesen. Der Nachbar, der selbst seit Jahren im Rechtsstreit mit dem Kreis Offenbach liegt, hatte ein Nutzungsverbot durch die Bauaufsicht gefordert (wir berichteten). Das bringt den Kreis in Zugzwang, weil der geltende Bebauungsplan von 1982 nur eine private Nutzung der Gärten vorsieht. Ende November sah es so aus, als könne der Kräutergarten 2025 nicht öffnen.

Jetzt stehen die Zeichen für eine neue Saison gut. Stadt und Kreis sind in Gesprächen, „um die Kuh vom Eis“ zu bekommen. „Der Kreis hat uns gegenüber zugesichert, bis zur Klärung des Verfahrens kein Verbot der öffentlichen Nutzung zu verhängen“, erklärt Erster Stadtrat Holger Dechert. „Wir haben die vergangenen Tage viele Gespräche geführt und ich kann vorab sagen,

dass der Fortbestand des Kräutergartens im Interesse von Stadt und Kreis ist“, ergänzt Bürgermeister Martin Burlon.

Klaus Rehwald, Vorsitzender des Vereins Lehr- und Kräutergarten Dreieich, bereitet seit Kurzem mit seinem Team motiviert die neue Saison vor. Er hat die Mitglieder in der Jahreshauptversammlung diese Woche darüber informiert. „Alle haben sich sehr gefreut und sind erleichtert. Uns steht 2025 ja auch eine besondere Saison bevor, wir gehen als Verein in unser zehntes Jahr“, sagt Rehwald.

Er hat inzwischen die angefragten Führungen zugesagt. „Ich hatte so viele Projekte in der Warteschleife. Neben den Führungen die zahlreichen Workshops und Veranstaltungen und natürlich die Einladung für unseren Saisonauftakt am 27. April, zu dem wir im vergangenen Jahr rund 700 Besucher begrüßen konnten“, sagt der Vereinschef. Insbesondere für die Aktiven, die viel Zeit, Arbeit und Liebe in den Garten stecken, freut ihn die Wende.

Zum Hintergrund: Der Eigentümer des benachbarten Grundstücks streitet in einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht mit dem Kreis um Hütten in seinem Garten. Auch wenn der Verein und dessen Areal gar nicht Gegenstand der gerichtlichen Streitigkeiten sind, hat der Nachbar die Bebauung des Kräutergartens und dessen öffentliche Nutzung angeprangert. Jetzt könnte das Verfahren zwischen Kreis und Nachbar eingefroren werden. Das würde für den Nachbarn bedeuten, dass er seinen Garten und seine Hütten weiterhin nutzen kann und sich nicht gegen die öffentliche Nutzung des Kräutergartens wehrt. Für den Verein bringt diese Lösung wichtige Zeit: „Die Stadtverwaltung könnte eine Bebauungsplanänderung auf den Weg bringen, um damit langfristige Rechtssicherheit für den Verein zu schaffen“, sagt Burlon.

Im neuen Bebauungsplan würde dann eine öffentliche Nutzung für Veranstaltungen festgeschrieben, Voraussetzung dafür ist allerdings auch ein positiver Beschluss der Stadtverordneten. „Für die Stadt muss sichergestellt sein, dass der klagende Nachbar kein Verbot der öffentlichen Nutzung durchsetzen kann, nachdem wir erklärt haben, den Bebauungsplan zu ändern“, sagt Dechert.

Ebenfalls von Bedeutung ist, dass der Verein Bestand hat. Er dürfe sich bis zum Inkrafttreten eines rechtskräftigen Bebauungsplans nicht auflösen, erklärt der Erste Stadtrat. In der Vergangenheit haben schließlich mehrere Vorstandsmitglieder, unter ihnen auch Rehwald, ihren Abschied aus Altersgründen angekündigt. Der Vorsitzende kann aber Entwarnung geben. Nach dem jüngsten „Hilferuf“ hätten sich mehrere Leute gemeldet, die aktiv im Verein

mitwirken und Verantwortung übernehmen wollten. Es gebe Arbeitsgruppen im Verein, um Aufgaben zu verteilen und neue Ideen zu verwirklichen, berichtet der Vorsitzende.

Der Kreis Offenbach bestätigt die Gespräche mit der Stadt. Der entscheidende Schritt fehlt der Kreisverwaltung noch – die Bebauungsplanänderung: „Soweit eine solche konkret und belastbar angestrebt wird und voranschreitet, bestünde eine Grundlage für eine Aussetzung des eröffneten Verwaltungsverfahrens“, sagt Sprecherin Sandra Klauß. Der Ball liegt jetzt also bei der Politik.